

Selbstständiger Antrag von Abgeordneten (§ 21 GeoLT)

eingetragen am 31.08.2023, 12:46:54

Landtagsabgeordnete(r): LTAbg. Lambert Schönleitner (Grüne), LTAbg. Sandra Krautwaschl (Grüne), LTAbg. Dipl.-Ing.(FH) Lara Köck (Grüne), LTAbg. Andreas Lackner (Grüne), LTAbg. Veronika Nitsche, MBA (Grüne), LTAbg. Georg Schwarzl (Grüne)

Fraktion(en): Grüne

Zuständiger Ausschuss: Infrastruktur

Regierungsmitglied(er): Landeshauptmann-Stv. Anton Lang

Betreff:

B 70 – Sicherheitsmaßnahmen am Bestand der B70 in der Weststeiermark müssen umgehend umgesetzt werden!

Seit mehreren Jahrzehnten diskutiert die Kommunal- und Landespolitik über Änderungen und eine streckenweise Neuprojektierung der B 70 im Bereich Mooskirchen, Krottendorf-Gaisfeld, Söding-St. Johann und Ligist in der Weststeiermark.

Aktuell ist ein Umweltverträglichkeitsverfahren bei der Behörde zur Realisierung der „kainachnahen Trasse“ anhängig. Eine Umsetzung dieser vor Jahrzehnten festgelegten Neutrassierung unter Annahme der damaligen Projektvoraussetzungen im Umwelt- und Mobilitätsbereich erscheint aus einer gegenwärtigen wissenschaftlichen und fachlichen Betrachtung heraus kaum genehmigungsfähig. Dazu kommen schwerwiegende und berechtigte Einwendungen der vom Flächenverbrauch betroffenen Landwirt:innen vor Ort. Selbst wenn am Ende eine rechtskräftige Entscheidung für oder gegen das Projekt vorliegen sollte, würden noch Jahre bis Jahrzehnte bis zur Befahrbarkeit der neuen Strecke vergehen. Fest steht für Befürworter:innen wie Gegner:innen der B 70, dass es am Bestand umgehend der Realisierung eines Sicherheitspakets bedarf. Mit der Umsetzung dieser Maßnahmen darf nach jahrelangem Zaudern nicht mehr länger zugewartet werden. Der bestehende Streckenabschnitt ist bekannt für seine Gefährlichkeit und Lärmbelastung. Es ist unverständlich, warum die Bevölkerung diesbezüglich immer wieder im Stich gelassen wird.

Besonders Menschen, die zu Fuß gehen oder mit dem Fahrrad fahren, darunter viele Kinder und gehbeeinträchtigte Personen, müssen tagtäglich die B 70 frei überqueren. Regelmäßig kommt es zu Gefährdungssituationen. Dazu kommt, dass kein dem Stand der Technik entsprechender Schutz der Anrainer:innen vor Emissionen besteht. Diese unzumutbare Situation muss dringend entschärft werden! Sichere, abgetrennte Wege und Unterführungen für den Geh- und Radverkehr, mögliche Tonnagebeschränkungen für den Schwerverkehr, zeitgemäße Lärmschutzmaßnahmen sowie sichere Zufahrten aus den Siedlungs- und Gewerbebereichen heraus sind möglich und zeitnah umzusetzen. Es ist unverständlich, warum die Probleme der Bevölkerung bis jetzt beharrlich ignoriert wurden. Ein weiteres Aufschieben und Warten auf einen Ausbau, Umbau oder Neubau der Straße in einigen Jahren oder Jahrzehnten ist längst nicht mehr zumutbar.

In anderen steirischen Regionen wurden auf vergleichbaren Verkehrsabschnitten längst Lärmschutzmaßnahmen für die Wohnbevölkerung und auch Sicherheitsmaßnahmen für den motorisierten Verkehr umgesetzt: von Tonnagebeschränkungen über Lenkungsmaßnahmen für den

Schwerverkehr bis hin zu landwirtschaftlichen Begleitwegen. Sichere Rad- und Gehwege sollten ohnehin längst selbstverständlich sein.

Gerade im Abschnitt St. Johann-Söding hätten derlei Maßnahmen auch bei erst vor kurzem errichteten Gewerbeneubauten selbstverständlich mitgeplant werden müssen. Schwere Planungsfehler vor Ort lassen die Bevölkerung ratlos zurück. Der vorherrschende unzumutbare Zustand auf der gegenwärtigen B 70 muss jedenfalls ohne weiteren Aufschub verkehrstechnisch geprüft und entschärft werden. Das Zögern und Zaudern der Landesregierung muss endlich ein Ende finden. Die Bevölkerung ist in die Planungen aktiv einzubeziehen.

Es wird daher der

Antrag

gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. ein Gesamtpaket gegen die Verkehrsbelastungen und Sicherheitsgefährdungen am Bestand der B 70-Trasse für kurz-, mittel- und langfristig umsetzbare Maßnahmen auszuarbeiten und diese zeitnah zu realisieren, das folgende Mindestinhalte erfüllt:
 - abgetrennte Wege und Unterführungen für den Geh- und Radverkehr zwischen Siedlungsbereichen und entlang der B 70
 - dem Stand der Technik entsprechende Lärmschutzmaßnahmen zum Schutz der Wohnbevölkerung
 - landwirtschaftliche Begleitwege
 - Tonnagebeschränkungen (ausgenommen Quell- und Zielverkehr)
 - Lenkungsmaßnahmen für den Schwerverkehr;
2. dem Landtag und der Öffentlichkeit über den Fortschritt der Prüfungen und Umsetzungen halbjährlich zu berichten;
3. die betroffenen Anrainer:innen in Form eines umfassenden Bürger:innenbeteiligungsprozesses in die Planungen zur Bestandsadaptierung der B 70 einzubeziehen.

Unterschrift(en):

LTAbg. Lambert Schönleitner (Grüne), LTAbg. Sandra Krautwaschl (Grüne), LTAbg. Dipl.-Ing.(FH) Lara Köck (Grüne), LTAbg. Andreas Lackner (Grüne), LTAbg. Veronika Nitsche, MBA (Grüne), LTAbg. Georg Schwarzl (Grüne)